

LITAUEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2022

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Litauen ist eine relativ stabile postsowjetische Demokratie, der es zusammen mit ihren baltischen Nachbarn gelungen ist, seit der Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit ein relativ hohes Niveau der wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Entwicklung zu erreichen. Im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken hat sie ein höheres Wachstum erzielt.

Litauen ist eine semipräsidentielle Republik. Das Parlament (Seimas) wird alle 4 Jahre nach einem personalisierten Verhältniswahlrecht gewählt. Dieses System führt zu einer relativ hohen Zahl von Parlamentsparteien. Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit wurde Litauen von Koalitionsregierungen regiert, die in der Regel von der konservativen Mitte-rechts-Partei »Vaterlandsbund – Christdemokraten Litauens« (Tėvynės Sąjunga – Lietuvos krikščionys demokratai, TS-LKD, 1990–1992; 1996–2000; 2008–2012) oder von den Sozialdemokraten (Lietuvos socialdemokratų partija, LSDP) und ihren Vorgängern (1992–1996, 2000–2008, 2012–2016) geführt wurden. Die einzige Ausnahme stellte die jüngste Legislaturperiode von 2016 bis 2020 dar. Hier stellte der Bund der Bauern und Grünen (Lietuvos valstiečių ir žaliųjų sąjunga, LVŽS) den Premierminister, Saulius Skvernelis. Die LVŽS ordnet sich selbst als eine Mitte-links-Partei ein und verbindet dabei Elemente klassischer agrarischer, grüner und Anti-Establishment-Parteien. Ihr Erfolg im Jahr 2016 beruhte zu einem großen Teil auf eigenen Vorschlägen, die in weiten Teilen der Bevölkerung unpopuläre Novellierung des Arbeitsgesetzbuches abzuändern, sowie auf einer generellen Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Vorgängerregierung, der Inkompetenz und einseitige Klientelpolitik angelastet wurde.

Im September 2017 erfolgte die Spaltung der litauischen Sozialdemokraten im Parlament (Seimas). Nach dem Beschluss des neuen LSDP-Rates unter Leitung des Vorsitzenden Gintautas Paluckas, aus der Regierungskoalition auszutreten, entschied sich die Mehrheit der 19 Mitglieder der damaligen

LSDP-Fraktion gegen diese Entscheidung und unterstützte weiterhin die von Saulius Skvernelis geführte Regierung Litauens. Im November wurde von den rebellierenden LSDP-Abgeordneten offiziell eine eigene Fraktion im Parlament registriert. Ende März 2018 wurde daraus die Sozialdemokratische Arbeitspartei Litauens (Lietuvos socialdemokratų darbo partija, LSDDP) gegründet. Der ehemalige Premierminister Gediminas Kirkilas wurde zum Parteivorsitzenden gewählt.

Die Parlamentswahl im Oktober 2020 brachte einen erneuten Regierungswechsel und somit eine Rückkehr zum regierungspolitischen (Fast-)Normalzustand. Die TS-LKD gewann sowohl die meisten Zweitstimmen als auch die meisten Direktmandate (insgesamt 50 Sitze) und bildet zusammen mit zwei liberalen Parteien – der liberalen Bewegung (Lietuvos Respublikos liberalų sąjūdis, LRLS, 12 Sitze) und der erst im Juni 2019 gegründeten Freiheitspartei (Laisvės, 11 Sitze) – die neue Mitte-rechts-Regierung. Die Regierungskoalition wird von Ingrida Šimonytė angeführt, einer ehemaligen Finanzministerin (2008–2012) und Abgeordnete der TS-LKD im Seimas, die jedoch nicht der Partei angehört.

Die drei vormaligen Koalitionspartner des LVŽS, die Wahlaktion der Polen Litauens – Bund der christlichen Familien (Lietuvos lenkų rinkimų akcija, LLRA, 3 Sitze), die LSDDP (3 Sitze) und die Partei Freiheit und Gerechtigkeit (Laisvė ir teisingumas, LT, 1 Sitz), sind alle an der Fünfprozenthürde gescheitert und nur noch über direkt errungene Mandate im Seimas vertreten. Ebenso hat die Partei der Grünen (Lietuvos žaliųjų partija, LŽP) 1 Direktmandat.

2021 formierten sich die Oppositionsfraktionen neu. Parteien mit nur einigen direktgewählten Abgeordneten, darunter die LSDDP, bildeten die Fraktion der Regionen, später dann auch die Litauische Partei der Regionen (Lietuvos regionų partija, LRP). Der frühere Premierminister Saulius Skvernelis (LVŽS) gründete im Herbst 2021 mit dem Ex-Premier Algirdas Butkevičius und 11 weiteren Abgeordneten (überwiegend aus der LVŽS plus einige unabhängige) eine Fraktion, die sich im Januar 2022 auch offiziell als politische Partei gründete – die »Demokratische Union im Namen Litauens« (Demokratų

sajungos Vardan Lietuvos, DSVL). Sie definiert sich als Mitte-Links-Partei. Inzwischen hat die Fraktion 15 Abgeordnete. Die LSDP verlor Abgeordnete und hat nun nur noch 12 Sitze im Seimas. Die Arbeitspartei (Darbo partija (leiboristai), DP), eine sozialpopulistische Partei des Millionärs Viktor Uspaskich, hat weiterhin 10 Abgeordnete. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Art nicht gewählter politischer Fraktionen durch das derzeitige Parteienfinanzierungsgesetz gefördert wird, da Parlamentsmitglieder, die zu anderen politischen Parteien wechseln, den politischen Parteien, die an früheren Wahlen nicht teilgenommen haben, Finanzmittel zuführen.

In den Meinungsumfragen gab es 2021 eine deutliche Veränderung: die litauischen Sozialdemokraten der LSDP übernahmen die Führung in den Umfragen. Die einzige mögliche nennenswerte Herausforderung geht von der neu gegründeten DSVL aus. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die derzeitige Regierung aufgrund ihrer großen Unbeliebtheit und der umstrittenen Entscheidungen in Bezug auf die COVID-19-Beschränkungen sowie die außen- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen die Macht verlieren wird.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

In Litauen kam es wie in anderen europäischen Ländern aufgrund der COVID-19-Pandemie zu wirtschaftlichen und sozialen Störungen. Als die Impfkampagne Anfang 2021 begann, bildeten die wiederkehrenden Pandemiewellen und die entsprechenden Reaktionen auf diese Wellen in Form von Lock-Downs und Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten den Kontext für das gesamte Jahr. Im Februar und März führte eine Protestbewegung von Kleinunternehmern, vor allem aus dem Dienstleistungssektor (Friseur, Salons), zu einer erfolgreichen Kampagne, die zu einer Lockerung der Beschränkungen für ihre Geschäftstätigkeit führte. In Litauen nahm die Zahl der Teilnehmenden an den Protesten generell zu. Parallel dazu entstand eine rechtsgerichtete Anti-Impf- und Anti-Fortschritts-Bewegung, die von bestimmten politischen Parteien (Bauernverband) und politischen Randgruppen unterstützt wurde und eine Protestbewegung (»Familienmarsch«) ins Leben rief, die ab Mai mit regelmäßigen Protesten begann. Im Juni führte die Regierung den Impfpass (Galimybį pasas) ein, mit einem Nachweis der Impfung und Immunität. Diese Maßnahmen lösten eine Gegenreaktion aus – eine Massenbewegung gegen den Pass, mit ersten Protesten im Mai, einem Aufstand in der Nähe des Parlaments im August und Massenprotesten, die bis zum Herbst andauerten. Mitglieder des Parlaments haben den Pass vor dem Verfassungsgericht angefochten, und die Regierung hat ihn im Januar 2022 noch vor dem Urteil des Gerichts ausgesetzt. Die litauischen Gewerkschaften protestierten gegen bestimmte Einschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19, die den Arbeitnehmenden auferlegt wurden (z. B. die Verpflichtung für Arbeitnehmende, die sich nicht impfen ließen, für ihre COVID-19-Tests selbst zu bezahlen).

Litauen hat weiterhin eine hohe Arbeitslosigkeit (10,2 Prozent im Februar 2022), die sehr langsam sinkt. In vielerlei Hinsicht ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor in den Provinzen

und außerhalb der Großstädte zu finden, wo bestimmte strukturelle und soziale Phänomene die Menschen daran hindern, eine Beschäftigung zu finden.

Die litauische Wirtschaft wurde auch durch außenpolitische Schocks erschüttert. Die politische Entscheidung zur Eröffnung einer taiwanesischen Botschaft löste eine heftige Reaktion der Volksrepublik China aus, die ab November informelle Sanktionen verhängte, die zu einer zunehmenden Störung der Lieferketten und zu wirtschaftlicher Instabilität führten. Es ist noch zu früh, um die Auswirkungen dieser Sanktionen zusammenzufassen.

Litauen ist besonders von den gestiegenen Energiepreisen betroffen. Der Strompreis bei dem Strommarktbetreiber Nord Pool erreichte 200 EUR/MWh und lag damit 66 Prozent höher als vor einem Jahr, während sich der Erdgaspreis versiebenfachte und Städte wie die Hauptstadt Vilnius, die Erdgas zum Heizen verwenden, besonders hart getroffen wurden.

Die Inflation erreichte 2021 10,6 Prozent, und es wird erwartet, dass sie 2022 auf mehr als 12 Prozent ansteigen wird. Die Durchschnittslöhne stiegen um etwa 10 Prozent, bei einem Reallohnwachstum von 4 Prozent. Als Reaktion auf diese Belastungen erhöhte die Regierung die Durchschnittsrente um 12 Prozent, der Mindestlohn wurde auf 730 EUR angehoben, die Steuergutschrift für Geringverdiener wurde auf 460 EUR angehoben, und der Zugang zu Ausgleichszahlungen für Geringverdiener wurde erleichtert.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Rahmensetzung der litauischen Gewerkschaftsarbeit ähnelt grundsätzlich der Rahmensetzung der deutschen Gewerkschaftsarbeit, nach deren Vorbild sie bei Wiedererlangung der Unabhängigkeit entwickelt wurde. Auf nationaler Ebene agieren Gewerkschaften vor allem als Lobbyvertreter für Arbeitnehmer_inneninteressen in sozialen, arbeitsrechtlichen und ökonomischen Fragen. Drei Gewerkschaftsdachverbände nehmen am Tripartiten Rat der Republik Litauen teil, der am 5. Mai 1995 nach einer Vereinbarung zwischen Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden mit dem Ziel eingerichtet wurde, um soziale, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Fragen zu verhandeln und Sozialpartnerschaften zu befördern. In der Regel sind Gewerkschaften innerhalb des Tripartiten Rates jedoch in der Minderheit, da die Regierung mit den Arbeitgeberverbänden zusammenarbeitet. Der tripartite Rat legt einvernehmliche Stellungnahmen zu Themen wie Mindestlohn, Änderungen des Arbeitsgesetzes und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung vor und dient als Instrument für die Lobbyarbeit.

Auf lokaler Ebene sind die Gewerkschaften aktiv an den Arbeitsgerichtskommissionen beteiligt, in denen die Gewerkschaften in der Regel eine große Zahl von Fällen von Arbeitsrechtsverletzungen gewinnen. Arbeitskonflikte und die Durchsetzung des Arbeitsgesetzes werden von der staatlichen Arbeitsaufsichtsbehörde überwacht. In den letzten Jahren hat sie sich jedoch zurückgehalten und die im Arbeits-

gesetzbuch vorgesehenen Instrumente (Geldbußen, Sanktionen usw.) kaum eingesetzt, um die Bestimmungen des Arbeitsgesetzes durchzusetzen.

Diese strukturelle Benachteiligung wird durch einen Mangel an Ressourcen aufseiten der Gewerkschaften verschärft. Der gängige Beitragssatz für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft liegt bei einem Prozent des Einkommens der Arbeitnehmer_innen. Zusätzlich können Gewerkschaften weiteres Einkommen aus Eigentum und der Einkommenssteuer erhalten. Jede_r Litauer_in kann 0,6 Prozent der Einkommenssteuer einer Gewerkschaft nach Wahl zuteilen. Im Gegenzug bieten Gewerkschaften ihren Mitgliedern Rechtsschutz bei Arbeits- und ähnlichen Streitigkeiten. Darüber hinaus sammeln die meisten Gewerkschaften Gelder für Streikkassen, auch wenn Streiks eher selten sind. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 gab es insgesamt 737 Arbeitskämpfe, die fast ausnahmslos im Bildungssektor stattfanden und Warnstreiks waren. Einzig ein Warnstreik im Jahr 2017 fand mit der Holzverarbeitenden Industrie in einer anderen Branche statt. Die einzigen wirklichen Streiks fanden im Bildungssektor statt (2016 und 2018).

Im Jahr 2016 führte Litauen zudem ein neues Sozialmodell nach dem Vorbild Dänemarks mit einem Schwerpunkt auf Flexicurity ein. Dieses Sozialmodell reformierte die Besteuerung, übertrug Sozialversicherungsbeiträge auf Arbeitnehmer_innen und weitete als Kompensation Dauer und Umfang der Arbeitslosenunterstützung aus. Das neue Arbeitsgesetzbuch und der damit einhergehende andere Ansatz beim Sozialmodell war hochumstritten und unpopulär, da es das Machtgleichgewicht zuungunsten von Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften verschob. Folgerichtig kam es im Zuge der Einführung zu Protesten von Gewerkschaften und linken Aktivist_innen.

Parallel zu dieser Reform gab es interessante Entwicklungen im Bereich der organisierten Arbeit, die sich außerhalb der etablierten Strukturen abspielten. In den späten 2000er Jahren kam es in zuvor nicht gewerkschaftlich organisierten Supermarktfilialen und -ketten zu einer Welle von sporadischen Organisationszusammenschlüssen, die letztlich zu einem Verband von Supermarktmitarbeiter_innen führten. Ähnliches geschah im öffentlichen Sektor in der Mitte der 2010er Jahre. Hier bildeten sich aufgrund des sinkenden Lohnniveaus neue Organisationsformen für öffentliche Angestellte, die zum Teil außerhalb traditioneller Gewerkschaften organisiert waren wie die Fachverbände für Ärzt_innen und Lehrer_innen. Es sind insbesondere diese Organisationsformen, die für einige der aufsehenerregenden Erfolge der Gewerkschaftsarbeit in Litauen verantwortlich zeichnen. Bei den Lehrer_innen tat sich die Litauische Gewerkschaft der Bildungsarbeiter (Lietuvos Švietimo Darbuotojų Profesinė Sąjunga, LSDPS) mit einem erfolgreichen Streik 2018 hervor, der in weiten Teilen der Öffentlichkeit breite Unterstützung fand und letztlich die Regierung erfolgreich zwang, über Lohnerhöhungen, Änderungen des Vergütungssystems sowie zusätzliche Mittel für das Bildungssystem zu verhandeln.

Erwähnenswert als relativ neues Phänomen ist die stärker politisierte, dezidiert linke Gewerkschaft Gegužės Pirmosios

Profesinė Sąjunga (1. Mai Gewerkschaft), die sich an den Ideen des Unionismus und des IWW-Modells der Gewerkschaftsorganisation orientiert (IWW: Industrial Workers of the World). Der Organisation gelingt es beständig in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, indem sie sich um Arbeitnehmer_innen bemüht, die normalerweise nicht einfach zu organisieren sind. Derzeit bemüht sich die Gewerkschaft – allerdings mit begrenztem Erfolg –, Lebensmittelkuriere zu organisieren, die aufgrund der Gesetzeslage als selbstständige Plattformarbeiter_innen gelten und somit den Status als Angestellte haben.

Inflation, Pandemien und seit langem schwelende Konflikte erhöhten die Zahl der »heißen« industriellen Konflikte. Der Hauptgrund für diese Konflikte ist die mangelnde Bereitschaft der Arbeitgeber, Tarifverträge zu unterzeichnen. Die Gewerkschaft öffentlicher Nahverkehrsunternehmen in Vilnius (Vilniaus Viešasis Transportas/VVT) hat im Spätsommer 2021 damit begonnen, eine formale Forderung nach einem Tarifvertrag zu stellen. Sie begann im Oktober mit ihrem Vorstoß für einen formellen Streik und kämpft weiterhin vor Gericht für ihr Recht, während der Pandemie Streiks im öffentlichen Verkehr zu organisieren. VVT untersteht der Stadtverwaltung von Vilnius, die derzeit von der liberalen Freiheitspartei kontrolliert wird und bekämpfte den Streik vor Gericht. Der Streik für einen Tarifvertrag wird höchstwahrscheinlich im frühen Frühjahr 2022 stattfinden. Im Februar 2022 hatte die Gewerkschaft VVT fast alle Fälle vor Gericht gewonnen und wird in Kürze einen Streik beginnen.

Ende 2021 hat die Gewerkschaft Achema (Düngemittelhersteller in Jonava) den Prozess für eine formelle Forderung nach einem Tarifvertrag eingeleitet. Die Geschäftsführung von Achema lehnte dies ab, woraufhin die Gewerkschaft das Verfahren zur Durchführung eines Streiks einleitete. Die Arbeiter streikten schließlich am 7. Februar 2022. Der Streik geht weiter. Die Streikenden erhielten Unterstützung und Solidarität von der gesamten Gewerkschaftsbewegung, dem Präsidenten, den Sozialdemokraten und einzelnen Mitgliedern anderer Parteien im Seimas (z.B. Tomas Tomilinas von der Demokratischen Partei). Die Geschäftsführung von Achema weigert sich derzeit, in Verhandlungen über die Beendigung des Streiks einzutreten. Die Zahl der streikenden Arbeitnehmer wird von allen Seiten diskutiert und könnte mehrere hundert betragen. Einzigartig ist, dass dies der erste Streik des privaten Sektors in der modernen litauischen Geschichte ist, der von den Gerichten für rechtmäßig erklärt wurde.

GEWERKSCHAFTEN IN LITAUEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im 20. Jahrhundert waren die Gewerkschaften in Litauen von Veränderung geprägt. In der Ersten Republik sah man die Gewerkschaften als Nichtregierungsorganisationen und sprach ihnen meist das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen ab. In der folgenden autoritären Regierungsperiode (1926–1940)

zentralisierte man die Gewerkschaften schrittweise und stellte sie schließlich im Jahr 1936 ganz unter staatliche Kontrolle. Sowohl während der deutschen Besatzung als auch nach der Okkupation durch die Sowjetunion (1940 bzw. 1944) verwandelten sich die Gewerkschaften in staatlich kontrollierte Regierungsinstrumente. In der Sowjetzeit sollten sie die Loyalität gegenüber der kommunistischen Partei sicherstellen, indem sie den Zugang zu verschiedenen Privilegien kontrollierten und gewährten.

Viele dieser Gewerkschaften schafften nach dem Zerfall der Sowjetunion den Übergang zu »freien« Gewerkschaften, nicht zuletzt, da sie über teils beträchtliche Vermögenswerte aus der Sowjetzeit verfügen konnten. Diese Vermögenswerte, insbesondere Immobilien (Ferienhäuser, Hotels, etc.), sorgten jedoch dafür, dass eine Kräftebündelung nicht gelang. Eigeninteressen standen dem oft entgegen. Zudem riefen die Vermögenswerte eine Menge Kritik hervor, da den Gewerkschaften Krisengewinnlerschaft und Vorteilsnahme vorgeworfen wurde. Nicht zuletzt hieraus speist sich der Generalverdacht, unter dem Gewerkschaftsarbeit als tendenziell ewiggestrig gestellt wird. Dieser zwingt die Akteure oftmals, ein besonderes Augenmerk auf die Legitimation und Relevanz ihrer Arbeit zu legen.

Während der harten Transformationsphase in den 1990er Jahren brachen Teile des alten Industriesektors, hauptsächlich im verarbeitenden Gewerbe, zusammen. Diese konnten im Wettbewerb mit westeuropäischen und aufkommenden billigeren ostasiatischen Produkten nicht konkurrieren. Die post-sowjetische Wirtschaftsblockade durch die Sowjetunion (1990–1991), die russische Wirtschaftskrise und damit verbundene Zahlungsunfähigkeit (1997) sowie die ständigen Banken Krisen destabilisierten die Wirtschaft und stellten weite Teile der alten Fertigungsindustrie vor kaum lösbare Herausforderungen. Der größte Teil dieser alten Fertigungsindus-

trie verfügte über bedeutende Gewerkschaften, wodurch der Niedergang dieser Industrie auch zu einem dramatischen Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Land führte. Einer der wenigen Lichtblicke in dieser seither fortschreitenden Entwicklung war der EU-Beitritt Litauens am 1. Mai 2004. Die litauische Regierung war dadurch gezwungen, ein Mindestmaß an Arbeitsbedingungen und -standards einzuhalten bzw. auf das von der EU geforderte Minimum anzuheben.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Ende 2020 lag die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bei 99 300, was einem Anstieg von 10,8 Prozent im Vergleich zu 2019 (89 600 Gewerkschaftsmitglieder) darstellt. Obwohl die Beteiligung an Gewerkschaften auf einem relativ niedrigen Niveau liegt, gibt es seit 2018 einen Aufwärtstrend bei den Gewerkschaftsmitgliedern.

Organisiert ist die Gewerkschaftsarbeit in Litauen durch Gewerkschaften auf nationaler, sektoraler und Unternehmensebene. Sie sind heute alle grundsätzlich in der Lage, finanziell eigenständig ihre Arbeit in Regional- und Branchenverbänden von Arbeitgebern unabhängig durchzuführen. Auf der nationalen Ebene gibt es drei anerkannte Dachverbände – den litauischen Gewerkschaftsbund LPSK, Solidarumas und den Vereinten Gewerkschaftsbund Sandrauga. Der Litauische Arbeitsverband (LDF) hat in den letzten Jahren viele Mitglieder verloren. Obwohl er noch Mitglied des EGB ist, spielt er in der gewerkschaftlichen Bewegung Litauens keine bedeutende Rolle mehr. Solidarumas und Sandrauga haben ihrerseits keine Mitgliederzahlen veröffentlicht. Bedenkt man, dass nicht alle Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern Dachverbänden auf nationaler Ebene angeschlossen sind, wird klar, dass der litauische Gewerkschaftsbund mit seinen

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Litauen

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Lietuvos profesinių sąjungų konfederacija, LPSK (Litauischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Inga Ruginienė Stv. Vorsitz: Janina Matuizienė	50 000 (2019)	IGB, EGB, BASTUN (Baltisches Gewerkschaftsnetzwerk)
Lietuvos profesinė sąjunga »Solidarumas«, LPS'S (Litauische Gewerkschaft SOLIDARUMAS)	Vorsitz: Kristina Krupavičienė Stv. Vorsitz: Jovita Pretsch, Rimtautas Ramanauskas	13 000 (2017)	IGB, EGB, PERC, BASTUN
Profesinė sąjunga SANDRAUGA, (Gewerkschaftsbund Sandrauga)	Vorsitz: Kestutis Juknis	5 000	CESI
Lietuvos darbo federacija, LDF (Litauischer Arbeitsverband)	Vorsitz: Janina Svedienė Stv. Vorsitz: Jelena Soms	5 000	EGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Litauen

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Lietuvos Švietimo ir mokslo profesinė sąjunga, LŠMPS (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)	LPSK	Vorsitz: Egidijus Milešinas Stv. Vorsitz: Audrius Jurgelevičius Ramūnas Zntas	10 000	ETUCE, EI
Lietuvos žemės ūkio darbuotojų profesinių sąjungų federacija, LZUD (Verband der Landarbeitergewerkschaften)	LPSK	Vorsitz: Audrius Gelžinis	8 000	EFFAT, IUF
Lietuvos Švietimo darbuotojų profesinė sąjunga, LSDPS (Gewerkschafts der Bildungsarbeiter_innen)		Vorsitz: Andrius Nacvickas Stv. Vorsitz: Erika Leiputė-Stundžienė Vytautas Silvanavičius	6 000	ETUCE, EI
Lietuvos pramonės profesinių sąjungų federacija, LPPSF (Industriearbeitergewerkschaft)	LPSK	Vorsitz: Dalia Jakutavičė Stv. Vorsitz: Jurga Subačiūtė-Žemaitienė	3 200	EPSU, PSI, IndustriAll Europe, IndustriAll Global
Lietuvos maistinių profesinė sąjunga, LMP (Gewerkschaft der Lebensmittelproduzenten)	LPSK	Vorsitz: Raimondas Tamošauskas	1 500	EFFAT, IUF
Lietuvos valstybės tarnautojų, biudžetinių ir viešųjų įstaigų darbuotojų profesinė sąjunga, LVTPS (Gewerkschaft der litauischen Beamten, Haushalts- und öffentlichen Angestellten)	LPSK	Vorsitz: Irena Petraitienė Stv. Vorsitz: Rima Kisieliene Jonas Katinauskas Virginija Gražinienė	2 150	EPSU, PSI
Lietuvos miško ir miško pramonės darbuotojų profesinių sąjungų federacija LMPF (Gewerkschaftsverband der Holz- und Forstarbeiter)	LPSK	Vorsitz: Diana Raitelaitienė Stv. Vorsitz: Juozas Ūsas	1 700	EFBWW, BWI
Lietuvos teisėsaugos pareigūnų federacija, LTPF (Litauischer Verband der Strafverfolgungsbeamten)	LPSK	Vorsitz: Loreta Soščekienė Stv. Vorsitz: Robertas Pranckūnas Laimutė Lynikaitė Vytautas Aleksandravičius Evaldas Norkūnas	4 000	EPU, EUROCOPI
Lietuvos Metalistų profesinių sąjungų susivienijimas, LMPSS (Metallgewerkschaftsbund)	LPSK	Vorsitz: Marija Varasimavičienė	k. A.	IndustriAll Europe, IndustriAll Global
Lietuvos sveikatos apsaugos darbuotojų profesinė sąjunga, LPSPS (Gewerkschaft der Dienstleistungsbeschäftigten)	LPSK	Vorsitz: Aleksandras Posochovas	4 250	UNI Europa UNI Global
Lietuvos ryšių darbuotojų profesinė sąjunga, LRDPs (Gewerkschaft der Kommunikationsarbeiter_innen)	LPSK	Vorsitz: Regina Dvaržekytė	2 000	UNI Europa UNI Global
Lietuvos sveikatos apsaugos darbuotojų profesinė sąjunga, LSADPS (Gewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheitswesen)	LPSK	Vorsitz: Aldona Baublytė	k. A.	EPSU, PSI

um die 50 000 Mitgliedern klar dominiert. Die Solidarmas-Gewerkschaft versucht vernehmlich, sich regional zu organisieren und zielt darauf ab, in Städten oder Bezirken eigene Organisationsformen zu etablieren.

Die drei Gewerkschaftsdachverbände auf der nationalen Ebene vertreten die Gewerkschaften in den tripartiten Kooperationsgremien gleichberechtigt und setzen sich auf Regierungsebene und im Parlament für die Interessen der Arbeitnehmer_innen ein. Sektorale oder Branchengewerkschaften existieren als Zusammenschlüsse von Gewerkschaften, die für Flächentarifverträge auf nationaler Ebene arbeiten. Die meisten davon wurden nach 2016 ausgehandelt und umfassen Aspekte des öffentlichen Sektors wie das Schul-, Hochschul- und Gesundheitssystem. Dabei bieten sie in einigen Fällen zusätzliche Vorteile und bestimmte Abweichungen vom Arbeitsgesetzbuch, die nur in gesonderten Tarifverträgen zulässig sind. Gewerkschaften auf der Unternehmensebene sind oft sehr unterschiedlich aufgestellt. Vor allem jüngere Gewerkschaften in diesem Feld operieren zum Teil ohne nationale oder Branchenzugehörigkeit. Größere Unternehmen und Institutionen haben zudem in der Regel mehrere aktive Gewerkschaften, die manchmal miteinander konkurrieren oder gegeneinander antreten können.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

In der Verfassung der Republik Litauen ist das Recht festgeschrieben, sich frei in Gewerkschaften zusammenzuschließen und es heißt, dass die Verfolgung von Gewerkschaftsmitgliedern wegen ihrer Mitgliedschaft gegen das Gesetz verstößt. Für die Gründung einer Gewerkschaft sind mindestens drei Mitglieder in einem Unternehmen oder einer Organisation erforderlich. Die Praxis zeigt, dass die Arbeitgeber in der Regel Gewerkschaften anerkennen, die gegründet wurden.

Derzeit regeln das Arbeitsgesetz und das Gewerkschaftsgesetz die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften. Das Arbeitsgesetzbuch wurde 2016–2017 signifikant reformiert. Änderungen des Arbeitsgesetzes liberalisierten Arbeitsverträge, erlaubten flexible Arbeitsverträge (z.B. Gig-Economy-Jobs), legalisierten Aussperrungen, schrieben Betriebsräte in Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten vor und stellten diese Betriebsräte in eine direkte Konkurrenz zu den Gewerkschaften.

Nach dem Gesetz sind Gewerkschaften durch ihre wirtschaftlichen und sozialen Ziele eingeschränkt, so dass sie auf lokaler Ebene über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandeln und auf makroökonomischer Ebene sozioökonomische Verhandlungen über Mindestlöhne und Löhne im öffentlichen Sektor führen können. Sie nehmen auch an Verhandlungen auf regionaler Ebene teil, insbesondere die Gewerkschaften im Verkehrssektor, der etwa 10 Prozent der litauischen Wirtschaft ausmacht.

Das Gesetz verbietet es den Gewerkschaften, explizit politische Ziele zu verfolgen, so sind beispielsweise Solidaritätsstreiks verboten. Die Gewerkschaften sind relativ einge-

schränkt, wenn es um Fragen wie Mobbing und Belästigung am Arbeitsplatz geht, aber diese Themen werden immer wichtiger.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit orientierte sich die Gesetzgebung zur Gewerkschaftsarbeit in weiten Teilen an einem Model, wie es im Groben auch in Deutschland praktiziert wird. Im Prinzip sollen die Interessen der organisierten Arbeitnehmer_innen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene miteinander verzahnt vertreten werden. Aufgrund der sowjetischen Vergangenheit der litauischen Gewerkschaften steht dem jedoch ein unausgesprochenes System gegenüber, das in der Arbeit der Gewerkschaften weniger einen Prozess zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen der Arbeitnehmerschaft insgesamt sieht, sondern eine individuelle Vorteilsnahme durch eine Mitgliedschaft. Diese hat sich unmittelbar in Form von Privilegien, Zuschüssen oder Sonderrechten auszuwirken. Erst allmählich gelingt es den Gewerkschaftsspitzen, diese Sichtweise zurückzudrängen. Allerdings gibt es immer wieder Beispiele, in denen sich die überkommene Sichtweise niederschlägt und Vorteile direkt und ausschließlich an eine Gewerkschaftsmitgliedschaft gekoppelt sind.

Dies bringt die Gewerkschaften in ein strategisches Dilemma. Während sie auf der lokalen und betrieblichen Ebene mit Blick auf ihren niedrigen Organisationsgrad oft wenig Verhandlungsmacht generieren können, fehlt ihnen auf regionaler und ganz besonders auf nationaler Ebene die Unterstützung, strategische Ressourcen und Politikempfehlungen zu entwickeln, wenn diese mit keinem unmittelbaren Zweck verbunden sind. Dies hat in jüngster Vergangenheit zu einer Überbetonung der Lohnentwicklung geführt. Gewerkschaftlich vertretene Betriebe standen auch gegenüber solchen, die von unabhängigen Arbeitnehmervertreter_innen repräsentiert wurden, in einer gewissen Bringschuld. Selbstverständlich besteht der Zielkonflikt zwischen der Lohnentwicklung der eigenen Mitgliedschaft und der generellen Gestaltung der Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer_innen mittels regulatorischer Einflussnahme im Prinzip überall. Aber in allen drei baltischen Staaten führt er in eine kaum aufzulösende Zwickmühle: Ohne sichtbare Verhandlungserfolge bei der Lohnfindung wird sich der schnelle Mitgliederverlust fortsetzen. Erfolge hier werden aber zumeist mit Zugeständnissen in anderen Bereichen erkaufte. Dies ist wiederum nicht geeignet, den Ruf der Gewerkschaften in der Gesellschaft allgemein zu verbessern und so neue Mitglieder zu gewinnen. Zudem ist es den Gewerkschaften per Gesetz untersagt, explizit politische Forderungen zu verfolgen, beispielsweise durch das Organisieren von Solidaritätsstreiks.

Es bleibt also festzuhalten, dass die intendierten nicht unbedingt den tatsächlichen Kernaufgaben der Gewerkschaften entsprechen. Allerdings ist das Problem erkannt und wird von den Gewerkschaften bearbeitet. In der Vergangenheit nahmen sich Gewerkschaften und unabhängige Betriebsräte als Konkurrenten war und arbeiteten allzu oft gegeneinander. In

kleinen und mittleren Betrieben ist meist die Gründung eines gewerkschaftsunabhängigen Betriebsrats das Mittel der Wahl, da die Lohnfindung abgesehen von Flächentarifverträgen auf der betrieblichen Ebene verortet ist. Es liegt bei den Gewerkschaften, hier bessere Kooperationsangebote zu erarbeiten und nach Möglichkeit mehr Betriebsräte zu organisieren.

Politisch sind die litauischen Gewerkschaften (partei-)unabhängig, arbeiten aber nach Möglichkeit mit linken Parteien zusammen. Vertreter_innen der Gewerkschaften unterhalten enge Kontakte mit einzelnen Abgeordneten und den Fraktionen des Seimas. Alle arbeitsmarktpolitischen Themen müssen im Tripartiten Rat unter Einbeziehung der Gewerkschaften diskutiert werden. Erst im Anschluss werden Fragen im Parlament behandelt. Die Beschlüsse des Rates haben zwar nur einen empfehlenden Charakter, sind aber trotzdem ein wichtiger Beitrag zu der Meinungsbildung im Parlament.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Gewerkschaften werden in Litauen unterschiedlich wahrgenommen. Die Gewerkschaften der alten Industrien sind relativ stabil mit sinkenden Mitgliederzahlen. Früher wurden die Gewerkschaften mit der Sowjetära in Verbindung gebracht, und aufgrund der neoliberalen Haltung eines Großteils der Medien werden sie als Relikt der Vergangenheit dargestellt. Es gibt jedoch einen langsamen und allmählichen Wandel, wenn neue Berufe, die zuvor nicht organisiert waren, langsam gewerkschaftlich organisiert werden. Ein aktuelles Beispiel sind die Journalisten der zweitbeliebtesten Online-Nachrichten-Webseite *15min.lt*, die liberal ausgerichtet und Gewerkschaften gegenüber eher kühl eingestellt ist, die sich – nach einem Wechsel des Eigentümers – nun doch gewerkschaftlich organisiert haben.

Das Land steht vor einer Reihe von arbeitspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Aspekte wie die Einkommensungleichheit, die Armut von sozial schutzbedürftigen Gruppen, der wachsende Mangel an Fachkräften und die Auswanderung der Bevölkerung betreffen im hohen Maße die Arbeit der Gewerkschaften.

Litauen sucht als Gesellschaft eine Antwort auf diese Fragen und Gewerkschaften könnten Teil der Lösung sein. Ihre Rolle im tripartiten Rat sowie gegebene Zugänge zu politischen Entscheidungsträger_innen ermöglichen auf dem Papier eine entsprechende Position. Zudem hat ein inhaltlicher und vor allem personeller Erneuerungsprozess, am sichtbarsten bei der Vorsitzenden des LPSK Inga Ruginienė, eingesetzt, der mit einem strategischeren Ansatz einhergeht. Auch in der Politik setzt sich mehr und mehr die Sichtweise durch, dass Litauen seine Probleme nicht nur mit entsprechendem Lohnwachstum lösen können, sondern eine ganzheitlichere Arbeits- und Sozialpolitik benötigt. Inwiefern die neue Mitte-rechts-Regierung dem eingeschlagenen Pfad folgen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Die Gewerkschaften werden in Litauen bislang zumeist dem linken Spektrum zugeordnet. Bis 2016 wurden die Gewerk-

schaftsführer in die Wahllisten der Sozialdemokratischen Partei Litauens eingetragen. Es gibt jedoch auch andere populistische oder nationalistische Parteien, die ebenfalls Gewerkschaftsführer in ihren Reihen hatten. Die litauische Zentrumsparterie – eine rechtsnationalistische Partei – hatte viele Mitglieder der Gewerkschaft *Solidarumas*. Christlich-demokratische Gewerkschaften existierten bis 2016, als die *Lietuvos Darbo Federacija*, der Litauischer Gewerkschaftsbund, zusammenbrach. Liberale Parteien wie die Freiheitspartei (*Laisvės*) und die Liberale Bewegung *LRLS* stehen Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Organisation offen ablehnend gegenüber. Der Vaterlandsbund *TS-LKD* arbeitet nur in den Bereichen Bildung und Gesundheit mit bestimmten Gewerkschaften zusammen. Insgesamt bleiben die litauischen Sozialdemokraten der *LSDP* die einzige Partei mit einer gewerkschaftsfreundlichen Haltung, während die *LVŽS* manchmal unterstützend wirkt, allerdings in opportunistischer Weise.

Dr. Laurynas Šerdydis, *Institut für Geschichte der Vytautas Magnus Universität, Kaunas*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.